Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 326. Donnerstag den 15. October 1891. 85. Jahrgang.

Heer, Jugend und Socialdemokratie.

* Zu der Zeit, da sich die Delegirten der deutschen Socialdemokratie anschickten, in der Metropole Thüringens einen neuen agitatorischen Congreß abzuhalten, hat in Marseille Frankreichs Kriegsminister eine unserem Lesern bekannte Ansprache an die dort anwesenden Admirale und Generale gehalten und dabei gesagt:

„Das Heer ist auch für die Jugend eine Schule der Mannszucht und Pflicht, eine Ergänzung der ganzen männlichen Erziehung, eine Vorbereitung für die Arbeiten des Lebens und die Erfüllung der Bürgerpflichten."

Man muß es den Franzosen zugestehen, daß, da ein großer Theil ihrer Officiere und Mannschaften dieser Ansicht ihres derzeitigen Chefs der Heeresverwaltung beizupflichten gelernt hat, das französische Heerwesen einen gewaltigen moralischen Fortschritt aufzuweisen hat. Wie für ganz Deutschland seit der nach 1866 überall erfolgten Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ist der Heeresdienst auch in Frankreich neuerdings ein moralisches Regenerationsmittel der Jugend geworden, das bei den allerwärts vorfindlichen socialdemokratischen Umsturzideen einen der allerwesentlichsten Factoren der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bildet.

Es ist wohl an der Zeit, gerade an dem Tage, da in Erfurt die Socialrevolutionaire einen neuen Agitatoren-Congreß halten, es freudig und laut auch in Deutschland wieder auszusprechen, daß in den breiten Schichten des deutschen Volkes heute die Erkenntniß festwurzelt, daß der einst von so mancher Seite nur als Zwang angesehene obligatorische Heeresdienst zu einem großen Segen für unsere Nation geworden ist. Eine starke, gefestete Wehr des Vaterlandes, gefühlt in Liebe zu Kaiser, Landesfürsten und Reich, eifrig in der Werthschätzung und gelegentlichen Nachahmung der Heldenthaten preußischer und deutscher Vorfahren, opferfreudig, treu und geübt in Moltke'scher Schlichtheit, Gottesfurcht und militairischer Tugend, das ist das Ideal, welches sich Preußens große Herrscher, Deutschlands Kaiser und das deutsche Officiercorps für unser Reichsheer zum Vorbild gesetzt — und wer mit aufmerksamem Blick, unbeirrt durch kleinliche Mäkeleien einzelner mehr radicaler als nationaler Geister, heute unser Heerwesen betrachtet, der muß sich gestehen, daß im Vorwärtsschreiten zu diesem Ziele der oberste Kriegsherr und seine Bundesfürsten, die Heeresverwaltungen und das Officiercorps es zu einem Erfolge gebracht haben, welcher die Achtung der ganzen heutigen Welt besitzt. Aus dieser Achtung und aus dieser Erkenntniß deutschen Heerwesens sind zum vornehmsten Theil auch die obigen trefflichen Aeußerungen des französischen Kriegsministers in Marseille hervorgegangen.

Daß unser deutsches Heer moralisch in so glänzender, mustergiltiger Weise fortzuschreiten vermocht hat, ist aber nicht nur ein Verdienst seiner berufenen Führer und Leiter, sondern auch ein herrliches Zeugniß für das Wesen des deutschen Volkes selbst. Der markige Stamm deutscher Unterofficiere, denen Königstreue, Stolz auf militairische Bravour und Schneidigkeit längst in Fleisch und Blut übergegangen, die Beflissenheit ferner, mit welcher der geistig gebildetere Einjährig-Freiwillige sein überlegenes Wissen in den Kameradenkreisen zu premulgiren sucht, und die Fixigkeit, welche schon so manchem jung ausgebildeten Recruten im Verein mit dem Stolz auf seines Königs Rock anhaftet, dies Alles sind Dinge, die durchaus nicht erzwungen, sondern vollkommen aus den Leuten selbst heraus all' die Vortheile fördern halfen, die wir heute mit Stolz im Reiche unserem Heere nachrühmen dürfen.

Wir haben daher allen und jeden Versuchen der Socialrevolutionaire gegenüber, auch dem Erfurter, die feste Ueberzeugung, daß sich unsere deutsche Jugend, in Stadt und Land, niemals von der stolzen und erhebenden Sache der Begeisterung für den Dienst im vaterländischen Heere intensiver abwenden werde, um auf den völlig unpolitischen geistigen Humbug der internationalen Volksbeglücker Bebel, Liebknecht u. s. w. einzugehen. Sie wird, trotz aller Irreführung und Verhetzung dieser Herren von der Krippe der Socialdemokratie, das erhabene Bewußtsein fest in sich behalten, daß der geistige und moralische Kern, welcher neben dem Vertheidigungszweck im deutschen Heere vorhanden, ein so treffliches Mittel aller Volksgesundung bleibt, daß sich die Talmi-Verheißungen aller Volksverhetzer dagegen in ihrer ganzen Haltlosigkeit und Verächtlichkeit präsentiren. Wie der äußere Feind, so ist es auch der innere, dessen nachhaltige Bekämpfung Heer und Volk sich zur höchsten Ehre schätzen. Sollte sie einst nöthig werden, dann wird sich die deutsche Jugend freudig auf die Cardinaltugenden seines Heeres, von denen auch sie Nutzen hat, besinnen und unter diesem hehren Zeichen wird sie mit Gottes Beistand stets siegreich bleiben!

Leipzig, 15. October.

* Gegen die Aufstellung des nationalliberalen Landtagsabgeordneten Sander als Candidat für die Reichstagswahl in Hildesheim scheinen von conservativer Seite allerlei Winkelzüge gemacht werden zu sollen. Wenigstens bringt der conservative „Hildesheimer Courier" einen Artikel dieses Inhalts. Wenn man bedenkt, daß die conservative Partei in diesem Wahlkreise ganz verschwindend wenig Anhang besitzt, daß neben den Nationalliberalen ernstlich nur die Welfen und Socialdemokraten in Betracht kommen, daß überdies von Herrn Sander, selbst Gutsbesitzer, nicht zu befürchten ist, daß er die landwirthschaftlichen Interessen gering schätzen werde, so kann man die ganze Frivolität ermessen, die in der Drohung mit der Aufstellung einer eigenen conservativen Candidatur liegt.

* In dem Processe Manché-Meyer ist von einem Zeugen auch der Name des früheren preußischen Finanzministers Bitter in einer Weise erwähnt worden, welche den Anschein erwecken konnte, als ob derselbe sich nach seiner Pensionirung bei seiner zerrütteten Vermögenslage Geldvortheile durch Einsetzung seines Einflusses habe verschaffen wollen. Demgegenüber sehen sich die „Berliner Politischen Nachrichten" veranlaßt zu erinnern, daß Herr Bitter sich bereits im Vermögensverfalle befand, als er an die Spitze des Finanzministeriums trat, daß unter seiner Verwaltung der größte Theil der Eisenbahnverstaatlichung sich vollzog und daß Herr Bitter in genau so schlechten Vermögensverhältnissen aus dem Amte schied, wie er in dasselbe eingetreten war. Wer erwägt, wie leicht es bei jenen Milliardenunternehmungen gewesen wäre, lediglich durch Verwerthung der Kenntniß von den Plänen der Staatsregierung mit Bezug auf die vor ihrem Bekanntwerden zu erwartenden Cursänderungen namhafte Summen zu gewinnen, wird es dem damaligen Finanzminister stets als einen Beweis von altpreußischer Pflichttreue anrechnen, daß er trotz seiner bedrängten finanziellen Lage jeder Versuchung dieser Art widerstanden hat. Man wird nach diesem Vorgange um so mehr bedauern müssen, daß der Name des früheren Finanzministers Bitter wenn auch ohne nähere Substantiirung in jenen Verhandlungen in einer Weise genannt ist, welche einen Schatten gerade nach der Seite werfen könnte, bezüglich deren die Amtsthätigkeit Herrn Bitter's die vollste Anerkennung verdient. Die Verhandlung wirft ohnehin unerfreuliche Schlaglichter genug. Um so mehr erscheint es angezeigt, falschen Schlüssen aus den dunkeln Andeutungen eines Zeugen über seine Beziehungen zu einem mit den höchsten und verantwortungsvollsten Staatsämtern betrauten Manne alsbald entgegenzutreten.

* Welche Schwierigkeiten durch die Lage der Diöcesen in Schlesien entstehen, das erhellt jetzt wieder bei der Vertheilung der Sperrgelder. Es müssen, nach der „Schles. Ztg.", in Breslau drei Commissionen gebildet werden: eine für das Bisthum Breslau nebst Delegaturbezirk, eine für den preußischen Antheil der Diöcese Prag (die Grafschaft Glatz) und eine für den preußischen Antheil der Diöcese Olmütz (des Commissariatsdistricts Katscher mit den Decanaten Hultschin, Katscher und Leobschütz). Die Mitglieder der Commissionen werden nach dem Gesetze von dem Cultusminister im Einverständnisse mit dem Diöcesanbischofe ernannt. Darüber, bis zu welchem Grade gegenwärtig die Verhandlungen fortgeschritten sind und namentlich, ob es bereits gelungen ist, das Einverständniß der drei Bischöfe (des Fürstbischofs von Breslau, Dr. Kopp, des Cardinal-Fürsterzbischofs Grafen Schönborn von Prag und des Cardinal-Fürsterzbischofs Landgrafen Fürstenberg von Olmütz) zu erlangen, verlautet noch nichts. Jedoch scheine ein volles Einverständniß noch nicht erzielt worden zu sein, da sonst die Ernennung der Commissionsmitglieder kaum auf sich warten lassen dürfte.

* Die Seeposten auf den deutschen Schnelldampfern zwischen Bremen, Hamburg und New-York weisen in ihrer Entwickelung einen erfreulichen Fortschritt auf. Nicht nur, daß die an ihre Einrichtung geknüpften Erwartungen bezüglich der Beschleunigung der zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gewechselten Correspondenz in vollem Maße in Erfüllung gegangen sind, sondern es werden die Seeposten auch seitens der Reisenden an Bord der Dampfer in erheblichem Umfange in Anspruch genommen. So wurden z. B. auf dem am 28. August von Cuxhaven nach New-York abgegangenen Dampfer „Fürst Bismarck" der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actiengesellschaft bereits während der ersten 24 Stunden der Fahrt nicht weniger als 250 Briefe und 350 Postkarten nach europäischen Orten bei der Seepost eingeliefert, welche die Sendungen derart bearbeitet in Southampton ablieferte, daß sie ohne Aufenthalt weiter gesandt werden konnten. Schon vor der Abfahrt aus Cuxhaven hatte die Seepost den Reisenden 200 Briefsendungen, 13 Telegramme und einige Packete zugestellt, welche mit der Bezeichnung „an Bord des „Fürst Bismarck"" eingegangen waren. Von der Thätigkeit der Seeposten liefern einzelne Zahlen über die Menge der Briefsäcke ein annähernd es Bild. So waren während der 8½ tägigen Reise der „Spree" von Bremen nach New-York 290 Briefsäcke und 550 Einschreibebriefe zu behandeln, während die Seepost des im September von New-York abgegangenen „Fürst Bismarck" sogar 316 Säcke und diejenige des Norddeutschen Lloyd-Dampfers „Lahn" 550 Briefsäcke an Bord hatte. Die Zahl der bearbeiteten Einschreibesendungen ist bei einzelnen Fahrten außergewöhnlich hoch gewesen und bis auf 2941 gestiegen.

* Aus Lebensversicherungskreisen war beim preußischen Ministerium des Innern die gesetzliche Einführung der obligatorischen Leichenschau von Neuem in Anregung gebracht und beantragt worden, die amtlich approbirten Aerzte zur Ausstellung von Todtenscheinen unter Angabe der Todesursache der in ihrer Behandlung Verstorbenen zu veranlassen, sowie die Standesämter anzuweisen, diese Todesursachen zu registriren und erforderlichen Falles darüber Auskunft zu geben. Das Gesuch war damit motivirt, daß gegenwärtig mangels der erforderlichen Kenntniß der Familiensterblichkeit eine große Zahl von Aufnahmegesuchen in die Lebensversicherungsgesellschaften abschlägig beschieden werden müßten. Dem Vernehmen nach haben nunmehr die Polizeibehörden vom Ministerium den Auftrag erhalten, darüber Ermittelungen anzustellen, inwieweit infolge der in mehreren Städten seit Jahren durchgeführten obligatorischen ärztlichen Leichenschau eine Besserung früherer Mißstände, insbesondere in medicinal-polizeilicher Hinsicht eingetreten ist, sowie ob gegen die Ausdehnung dieser für die Gewinnung von Grundlagen zu einer ausreichenden Mortalitäts-Statistik kaum erheblichen Einrichtung auf die übrigen Städte mit über 5000 Einwohnern eventuell auf alle Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern Bedenken, namentlich auch hinsichtlich der Kostenfrage zu erheben sein möchten.

* Wie anderweit verlautet, hat die Handelskammer Mannheim an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der sie eine einheitliche Saatenstandsberichterstattung für ganz Deutschland fordert.

* Unter den Antisemiten herrscht bekanntlich blutige Fehde und der zwischen den deutschsocialen Vereinen und der antisemitischen Volkspartei auf der letzten gemeinsamen Parteibesprechung zu Magdeburg abgeschlossene Cartelvertrag dürfte wohl kaum noch einen längeren Bestand aufweisen. Eine Verständigung war ja auch keineswegs bezüglich der politischen Programmpuncte beider Richtungen erzielt worden, sondern man hatte nur bezüglich der Abgrenzung des Arbeitsfeldes die Bestimmung getroffen, den gegenseitigen Besitzstand auch hinsichtlich der Agitation zu respectiren. Dieser Punct scheint jedoch nicht überall genügende Berücksichtigung gefunden zu haben, weshalb die Geneigtheit für ein harmonisches Zusammengehen offenbar auf beiden Seiten geringer geworden ist. In den Organen beider Gruppen zeigt sich neuerdings auch wieder eine ziemlich scharfe Polemik persönlichen Charakters, die keineswegs auf eine versöhnliche Stimmung schließen läßt; es ist deshalb nicht unmöglich, meint die „Kreuz-Zeitung", daß die für Anfang November nach Hannover einberufene gemeinschaftliche Conferenz wieder abgesagt wird, weil weitere Verhandlungen unter diesen Umständen als aussichtslos angesehen werden.

* Wir lesen in der „Nationalzeitung":

Anfangs dieses Monats erregte die Erklärung des Verlegers der „Bonner Zeitung" Aufsehen, worin derselbe das Eingehen dieses alten Blattes anzeigte und es damit begründete, daß „selbstständig redigirte" Provinzialblätter sich gegenüber der Concurrenz der billigen Anzeigenblätter nicht halten könnten. In Folge der Betrachtungen, welche hierüber von uns, wie von einigen anderen Zeitungen, über die neuere Entwickelung des deutschen Presswesens geknüpft wurden, ist uns aus Bonn von verschiedenen Seiten die Mittheilung zugegangen, daß der Verleger der „Bonner Zeitung" selbst einer der Begründer und Mitteigenthümer des betreffenden Anzeigenblattes, des Bonner „Generalanzeigers", sei. Zutreffend heißt es in einem der an uns gelangten Schreiben: „Wenn Moden ihre eigenen Kinder tödtet, so hat sich wenigstens Medea nicht zu beklagen." — Selbstverständlich werden durch die Mittheilung über das eigenthümliche Verhalten des Bonner Verlegers die Betrachtungen nicht gegenstandslos, welche an das Emporwachsen einer lediglich durch geschäftliche Rücksichten geleiteten Presse geknüpft wurden, denn der Bonner „Generalanzeiger" ist nur einer von vielen.

* Der deutschfreisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Harmening aus Jena, mit dem wir uns schon öfter zu befassen Gelegenheit hatten, neigt bekanntlich schon lange zur socialdemokratischen Seite hin und es scheint, daß er nur die Gelegenheit gesucht hat, in Gegensatz zu Eugen Richter zu treten, als er in Berlin in einer Versammlung die Haltung der „Freisinnigen Zeitung" gegenüber den Lehren Flürscheim's über Bodenbesitzreform, d. h. die Umwandlung der Grundbesitzer in Pächter staatlicher Domänen bekämpfte. Der deutschfreisinnige Reichstagsabgeordnete Pachnicke, welcher ihm entgegentrat, leitete seine Ausführungen mit der Bemerkung ein, ihm sei es, als ob sein bisheriger Freund Harmening heute seinen Bruch mit der freisinnigen Partei vollzogen habe. Dr. Harmening erwiderte, er werde nicht aus der freisinnigen Partei austreten, sondern abwarten, ob man ihn nach vorheriger Kenntnißnahme seiner Lehren ausschließen werde. Wenn dies geschehe, so werde er seinen politischen Weg allein zu finden wissen. Im Uebrigen ist in jener Versammlung ein Beschluß gefaßt worden, nach welchem die Versammlung erklärte, daß die „Flürscheim'sche Bodenbesitzreform" von jeder Partei in ihr Programm aufgenommen werden könnte. Man wird den Herren ihr schwärmerisches Vergnügen gönnen.

* Die Ablösungsmannschaften für das ostafrikanische Geschwader, 60 Mann stark, haben sich in Hamburg auf dem Dampfer „Reichstag" nach Ostafrika eingeschifft.

* Wie dem „Dziennik Pozn." aus Westpreußen mitgetheilt wird, hat die katholische Geistlichkeit in den Decanal-Congregationen beschlossen, an den Bischof der Diöcese Culm ein Gesuch dahin zu richten, daß dieser sich mit der Regierung dahin ins Einvernehmen setze, ob das Ministerialrescript vom 11. April d. J., betreffend die Ertheilung des polnischen Privatunterrichts durch Volksschullehrer, auch auf die Provinz Westpreußen angewendet werden könne. Bis jetzt sei jedoch in dieser Angelegenheit noch nichts erfolgt.

* Der „Staatsanzeiger für Württemberg" publicirt ein Schreiben des Königs an den Ministerpräsidenten Frhr. v. Mittnacht, worin der König denselben beauftragt, seinen herzlichen und innigen Dank für die Kundgebungen treuer Anhänglichkeit, welche ihm während der letzten Tage in außerordentlich großer Zahl zugegangen sind, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

* Aus dem Herzogthum Meiningen wird uns geschrieben:

Ueber die Wahl des Socialisten Webder in unseren Landtag ist die freisinnige „Sonneb. Ztg." außer sich: so schreibt sie in einem Artikel: „Das sogenannte „reiche Sonneberg" hat den ersten Socialisten in den Landtag gesandt; was werden dazu die Meininger Bureaukraten sagen? Werden sie eine weitere Beweisführung antreten wollen, daß die Unzufriedenheit hier nur einen künstlichen Ausdruck gefunden habe, oder werden sie endlich glauben, daß das gerüttelte Maß gesteigerter Lasten endlich auch die sogenannten besten Bürger in die Arme der Socialdemokratie treibt? Denn woher sollte der Socialist sonst den Stimmenzuwachs erhalten haben, wenn nicht von solchen Bürgern, die bei der ersten Wahl nicht wählen mochten, bei der Stichwahl dem Socialdemokraten ihre Stimme gaben?" Das Blatt wirft hierauf die Frage auf, unter welchem Zeichen der socialistische Agitator Webder einen der angesehensten, einflußreichsten und erfahrensten Männer Sonnebergs besiegte, und will die Antwort finden in dem Namen Geschäftsgang, den erhöhten Lebensmittelpreisen, den vermehrten Lasten für Staat und Stadt, der socialistischen Agitation gegen die Holzverteigerungen und der neuen Steuereinschätzung. — Nach Kennzeichnung der Webder'schen Versprechungen, die dieser im Landtage verwirklichen will, wobei auch der Gedanke der socialistischen Wirthschaft unter Beseitigung des Eigenthums, namentlich des Grundeigenthums zur Vertheilung an die Allgemeinheit zum Ausdruck kommen werde, sagt das freisinnige Blatt weiter: „Und was wird nun Herr Webder erreichen? Er wird einige seiner gewohnten schwülstigen Reden halten über das Arbeiterelend, aber er wird so wenig durchsetzen im Landtage wie im Sonneberger Gemeinderathe. Seinen Aufenthalt in Meiningen und die damit verbundenen Diäten dürfte er aber gut ausnützen, um auch im Unterlande Propaganda für seine Partei zu machen. Aber seinen Anhängern wird es bald zu lange währen, bis die Worte in Thaten umgesetzt sind. Der Geist wird fortan mit der Meterze singen, mit oder ohne Herrn Webder im Landtage, seine bevorstehende jährliche Thätigkeit dafür wird so wenig Eindrücke hinterlassen, wie Fliegenbeine an glatten Glasscheiben; der gute Bürger aber hat seinem Grolle Luft gemacht, er glaubt: wer viele schimpfen kann, ändert die Zustände schneller als derjenige, der ruhig und sachlich erwägt."

Diesen Klagen gegenüber wollen wir aus einer darauf bezüglichen Auslassung des „Soaln. Anz." Folgendes hervorheben: „Wenn ein Blatt wie die „Sonneb. Ztg.", die offenbar viel gelesen wird, so hetzt und wühlt, wie sie es gethan und offenbar mit Zustimmung ihrer politischen Glaubensgenossen gethan hat, dann darf man sich nicht wundern, daß die große Masse socialdemokratisch wird, nein, dann müßte man sich wundern, wenn sie es nicht wäre. Wenn die Leute Tag für Tag zu lesen bekommen, daß außer den freisinnigen Sonneberger Spielwarenfabrikanten und den Börsenspeculanten die ganze Welt aus Halunken besteht, die in der schändlichsten Weise den Armen an allen Ecken und Enden bemogeln, ihm den letzten Groschen aus der Tasche ziehen, ja, ihn in den Hungertod treiben, um sich zu bereichern, dann wird der arme Mann sich sagen: Wenn außer den von der „Sonneberger Zeitung" gemachten beiden Ausnahmen Nichts taugen soll, dann taugt die ganze Gesellschaft nichts und dann wollen wir es einmal mit den Socialdemokraten versuchen. Das ist so richtig, so vernünftig und so logisch, daß man eigentlich kaum ein Wort darüber zu verlieren braucht. Haben die Sonneberger freisinnigen Herren also bisher an der Haltung ihrer Presse nichts Anstößiges gefunden, dann haben sie auch jetzt nicht die geringste Ursache, sich über den Wahlausfall zu beklagen. Mag die Stadt Sonneberg sich nun im Landtage von Genossen Webder vertreten lassen, oder, wenn ihr das nicht paßt, ihren höchstbesteuerten Abgeordneten aus der zweiten freisinnigen Hochburg Eisfeld bitten, daß er sein Mandat zu Gunsten eines Sonneberger Kindes niederlege."

* * *

* Der Vorfall im österreichischen Abgeordnetenhause, den wir gestern kurz meldeten und welcher für den antisemitischen Abgeordneten Schneider sehr gravirend ist, hat sich nach Wiener Blättern wie folgt zugetragen: Auf der Tagesordnung stand die Wahl eines Mitgliedes in den Weincultur-Ausschuß, für welche sämmtliche Parteien nach dem Anfange der Session vereinbarten Schlüssel ein Mitglied der Vereinigten Linken, und zwar den Abgeordneten Hübner, candidirten, dessen Name auf den Stimmzetteln vorgedruckt war. Während der Sitzung bemerkte ein Saaldiener, wie der antisemitische Abgeordnete Ernst Schneider auf den Bänken der Jungczechen und Conservativen in Abwesenheit der betreffenden Abgeordneten die aufliegenden Stimmzettel änderte, indem er den Namen Hübner austrich und durch jenen des antisemitischen Abgeordneten Muth ersetzte. Das Präsidium erhielt von diesem Vorgange Mittheilung und die Affaire dürfte noch ein Nachspiel in der nächsten Sitzung finden. Die Wahl in den Weincultur-Ausschuß ergab 75 Stimmen für den Abgeordneten Hübner und 71 Stimmen für den Abgeordneten Muth. Die Sache ist um so schlimmer, als bereits dem Abgeordneten Schneider bei seiner Wahl die schlimmsten Vorwürfe gemacht und Anschuldigungen vorgebracht wurden, die er persönlich unseres Wissens nicht widerlegt hat und die auch durch die Ausführungen Prinz Liechtenstein's nicht entkräftet wurden.

* Die vom Schweizer Bundesrath in Aussicht genommene, aber noch nicht endgiltig beschlossene Einführung des Zündhölzchenmonopols ist, laut der „N. Z. Ztg.", nicht auf finanzpolitische, sondern hygieinische Bewegründe zurückzuführen. Die Hauptsache für die Bundesbehörde ist, wie die genannte Zeitung ausführt, daß im Interesse der Humanität und der Gesundheit der betreffenden Arbeiter keine Nekrose erzeugenden Gelbphosphorzündhölzchen mehr fabricirt werden dürfen, und daß die neuen Zündhölzchen im Preise nicht viel höher, aber wenn möglich zu gleichem Preise wie jetzt verkauft werden können. Ob an Stelle der giftigen Zündhölzchen (mit gelbem Phosphor) die sogenannte schwedische oder eine andere, noch bessere Composition treten soll, bleibt der weiteren Untersuchung und Prüfung vorbehalten, die zur Zeit in Fleurier in großem Maßstabe mit einer vom Chemiker Schlatter in Bern schon seit längerer Zeit gemachten Erfindung vorgenommen wird. Die bisherigen bundesgesetzlichen Maßnahmen haben sich als wirkungslos herausgestellt.

* Der Kampf zwischen Brisson und Barbey, zwischen dem Commissionsberichterstatter und dem Marineminister in der französischen Budgetcommission, ist nunmehr entbrannt. Die Budgetcommission hörte gestern den Marineminister Barbey über die Ausführung des Brisson'schen Berichts. Barbey erklärte, er habe das Reservegeschwader im Mittelländischen Meer und die Flottenabtheilung im Canal La Manche um 3 Panzerschiffe verstärkt; der Vorschlag Brisson's, an Stelle solcher Verstärkungen fliegende Abtheilungen an den Schiffsstationen zu errichten, halte er für ebenso unthunlich, wie die Vertheilung der Torpedoboote, welche Brisson vorschlage. Die Annahme, daß das von Brisson vorgeschlagene System eine Ersparniß von 4 Millionen herbeiführen würde, sei eine irrthümliche. Nach dem Weggange des Ministers trat Brisson abermals für die in seinem Berichte enthaltenen Ausführungen und Vorschläge ein. Dieselben wurden von der Budgetcommission angenommen. Damit scheint der Anfang zur Cabinetskrisis gemacht zu sein.

* Das Rundschreiben, worin der französische Cultusminister die Prälaten einlud, künftig an keinen römischen Pilgerfahrten mehr theilzunehmen, hat, wie eine Pariser Drahtnachricht der „Vossischen Zeitung" meldet, seitens einiger Bischöfe fabelhaft grobe Antworten hervorgerufen: Der Bischof von Seez schreibt: „Der junge Dreyz (der Bursche, der den Gassenjungenstreich im Pantheon verübt hat) ist einfach das Opfer des Hasses eines Volkes, welches sich durch seine schmachvolle Undankbarkeit gegen die Kirche und Frankreich vor ganz Europa entehrt. Nur die jüdischen Freimaurer, heute unsere unerbittlichen Verfolger, werden diese Wahrheit zu leugnen wagen." Der Erzbischof von Aix schreibt dem Minister: „Die Pilgerfahrten haben immer einen religiösen Charakter gewahrt und haben diesen nie durch die Schuld der Pilger verloren; wir brauchen Ihre Einladung nicht (der Minister hatte sich nämlich des Ausdruckes bedient, ich lade Sie ein, künftig u. s. w.), weder für die Vergangenheit, noch für die Gegenwart, und nichts erlaubte Ihnen, sie uns für die Zukunft zugehen zu lassen. Wir wissen allein, was wir zu thun haben; der Pantheon-Zwischenfall ist ein vorbereiteter Streich gegen Frankreich. Sie konnten etwas Besseres thun, als flugs einen Brief an uns zu schreiben, der ein trauriger und ein schändlicher Unsinn (triste et odieux contresens) ist." Andere Bischofsbriefe sind in ähnlichem Ton gehalten.

* Es vergeht kein Tag, wo nicht englische Journalistenspürnasen ein nihilistisches Complot entdecken. Die neueste Entdeckung hat der „Daily Telegraph" gemacht, oder viel mehr die russische Polizei und das Blatt verkündet es dem Weltkreise. Es soll nämlich der Polizei in Kiew gelungen sein, eine von russischen Emigranten in der Schweiz und in Frankreich geleitete revolutionaire Verbindung aufzufinden, welche bezweckte, die gegenwärtige Hungersnoth als Vorwand zur Veranlassung einer Volkserhebung und zu politischen Morden zu benutzen. Eine Menge wirklicher und verdächtiger Mitglieder, darunter mehrere Studenten, seien verhaftet worden. Einen Schein von Wahrheit hat die Nachricht insofern, als in der That in Kiew größere Unruhen unter den Studenten gemeldet worden sind. Ob sie aber